

NIEDERSCHRIFT

über die **2.** Sitzung **des Finanzausschusses** (XVIII. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **15.09.2026**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2172)
Navigation: www.rkn.nrw/TR814
Beginn der Sitzung: 17:05 Uhr
Ende der Sitzung: 18:26 Uhr
Den Vorsitz führte: Stefan Schmitz

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Jakob Beyen
2. Herr André Dresen
3. Herr Carsten Hüsches
4. Herr Thomas Klann
5. Herr Florian Köpenick
6. Frau Tanja Lützenrath
7. Herr Tobias Püllen
8. Frau Jutta Stüsgen
9. Herr Max von Borzestowski Vertretung für Herrn Andreas Buchartz

• SPD-Fraktion

10. Herr Philipp Bolz Vertretung für Herrn Christian Stupp
11. Frau Christina Borggräfe
12. Herr Horst Fischer
13. Herr Mathias Junggeburth Vertretung für Frau Ursula Gondorf
14. Herr Wolfgang Kaisers Vertretung für Herrn Udo Bartsch
15. Herr Stefan Schmitz

• AfD-Fraktion

16. Herr Michael Daniels
17. Frau Maria Schiffer
18. Frau Maritta Schwartz Vertretung für Frau Hannelore Byhahn

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

- 19. Frau Petra Schenke
- 20. Herr Dirk Schimanski

Vertretung für Frau Swenja Krüppel

- **FDP-Fraktion**

- 21. Herr Dirk Rosellen

Vertretung für Herrn Markus Schumacher

- **Kreistagsfraktion Die Linke/Die PARTEI**

- 22. Herr Lukas Wrobbel

- **Kreistagsgruppe UWG/ Freie Wähler/ Zentrum**

- 23. Herr Carsten Thiel

- **Gäste**

- 24. Frau Monika Zimmermann

- **Verwaltung**

- 25. Frau Katharina Reinhold
- 26. Herr Bijan Djir-Sarai
- 27. Herr Dezernent Gregor Küpper
- 28. Herr Dezernent Sebastian Johnen
- 29. Herr Dezernent Harald Vieten
- 30. Frau Irmgard Zießow
- 31. Frau Sabine Wrede

- **Schriftführer**

- 32. Herr Jens Borchers

- **Schriftführerin**

- 33. Frau Andrea Kunath

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		4
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit	4
2.	Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern Vorlage: 20/1179/XVIII/2026.....	4
3.	Über-/ und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen gemäß § 53 KrO NRW i. V. m. § 83 GO NRW Vorlage: 20/1181/XVIII/2026.....	4
4.	Beschlusskontrolle der Finanzausschüsse seit 2023 Vorlage: 20/1395/XVIII/2026.....	4
5.	Haushalt 2026	6
5.1.	Haushalt 2026 – Genehmigung der Bezirksregierung Düsseldorf Vorlage: 20/1180/XVIII/2026.....	6
5.2.	Haushaltsentwicklung 2026 Vorlage: 20/1182/XVIII/2026.....	6
5.2.1.	Tischvorlage: Haushaltsentwicklung 2026 Vorlage: 20/1466/XVIII/2026.....	8
6.	Benehmensherstellung zur Festsetzung der Landschaftsumlage Vorlage: 20/1396/XVIII/2026.....	8
7.	Gemeindefinanzierungsgesetz 2027 Vorlage: 20/1183/XVIII/2026.....	9
8.	Fördermittelbericht Vorlage: 20/1184/XVIII/2026.....	9
9.	Mitteilungen und Anfragen	9

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Vorsitzende Stefan Schmitz stellt nach Begrüßung der Anwesenden die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses fest.

Den Ausschussmitgliedern liegt folgende Tischvorlage vor:

TOP 5.2.1	Sitzungsvorlage-Nr. 20/1466/XVIII/2026	Tischvorlage: Haushaltsentwicklung 2026
-----------	---	---

2. Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern Vorlage: 20/1179/XVIII/2026

Protokoll:

Zur Sitzung sind keine sachkundigen Bürgerinnen und Bürger zu verpflichten.

3. Über- / und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen gemäß § 53 KrO NRW i. V. m. § 83 GO NRW Vorlage: 20/1181/XVIII/2026

FI/20260915/Ö3

Beschluss:

Der Finanzausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

4. Beschlusskontrolle der Finanzausschüsse seit 2023 Vorlage: 20/1395/XVIII/2026

Protokoll:

Zunächst bedankt sich Herr Thiel bei der Verwaltung dafür, dass der Beschluss zur Barrierefreiheit des Alten Rathauses in Neuss-Holzheim fast fertiggestellt sei (vgl. Beschluss Ö 2.20 – alt: 20/2023).

Des Weiteren weist Herr Thiel auf den Tierschutzbericht hin, aus dem hervorgehe, dass fast die Hälfte der Tierschutzfälle unbearbeitet sei, und bittet darum, diese zügig zu bearbeiten (vgl. Beschluss Ö 4.11 – alt: 11/2025).

Herr Küpper führt hierzu aus, dass die Fallzahlen während der Corona-Pandemie zwar stark angestiegen seien, da es hier vermehrt zu sogenannten Animal-Hoarding-Fällen gekommen sei, dies jedoch nur eine vorübergehende Entwicklung darstelle und mit einem Rückgang der Fallzahlen zu rechnen sei. Die Verwaltung priorisiere die Fälle und ihm seien für das Jahr 2026 keine schwerwiegenden Fälle bekannt.

Frau Borggräfe führt aus, sie finde es bedauerlich, dass die Beschlusskontrolle nach wie vor als Excel-Tabelle bereitgestellt werde. Sie würde es begrüßen, wenn diese über Session bereitgestellt und mit den Anträgen vernetzt würde, im Idealfall sogar mit dem Fördermittelcontrolling, um eine bessere Übersicht zu erhalten.

Anmerkung von Amt 20: In der Vergangenheit wurde die Beschlusskontrolle des Finanzausschusses in einer Excel-Tabelle geführt. Seit der Sitzung des Finanzausschusses am 17.03.2026 wird die Beschlusskontrolle über Session durchgeführt. Hierzu wurden die offenen Beschlüsse aus den Jahren 2023 bis 2025 nachgepflegt. Vor den Sitzungen des Finanzausschusses fordert Amt 20 die Fachämter auf, die Beschlusskontrolle in Session zu aktualisieren.

Darüber hinaus fragt Frau Borggräfe, wieso die Verwaltung ein Konzept für den Fördermittelmanager erarbeiten müsse. Schließlich sei diese Stelle im Rahmen der Haushaltsberatungen in den Stellenplan aufgenommen worden. Es sei nicht nachvollziehbar, dass bisher keine Stellenausschreibung erfolgt sei (vgl. Beschluss Ö 7.1.9 vom 17.03.2026). Herr Vieten führt aus, dass eine Stellenausschreibung bisher nicht erfolgt sei, da die Haushaltsgenehmigung erst im Juli erteilt worden sei und die Stelle bis dahin ohnehin nicht hätte ausgeschrieben werden dürfen. Aus Sicht der Verwaltung sei die Erarbeitung eines Konzepts notwendig, da in diesem Zusammenhang viele relevante Fragen geklärt werden müssten, z. B. wo diese Stelle angesiedelt werde und welche Daten aus fachlicher und finanzpolitischer Sicht hier zusammenliefen.

Ebenso sieht Frau Borggräfe es als problematisch an, dass bisher keine Fachtagung zum Thema Unterstützung für Kinder psychisch kranker Eltern durchgeführt wurde, obwohl ein entsprechender Beschluss im Rahmen der Haushaltsberatungen 2024 gefasst wurde (vgl. Beschluss Ö 3.28 – alt: 32/2024).

Herr Küpper führt hierzu aus, dass es aufgrund eines Zuständigkeitswechsels zu Verzögerungen gekommen sei. Die Zuständigkeit sei zunächst dem Sozialamt und anschließend dem Gesundheitsamt zugewiesen worden. Zu diesem Zeitpunkt sei die Stelle der Psychiatriekoordinatorin im Gesundheitsamt jedoch unbesetzt gewesen. Nach der Neubesetzung dieser Stelle seien die Planungen wieder aufgenommen worden.

Frau Borggräfe führt zum Nachhaltigkeitsmanagement aus, dass von der Verwaltung zugesagt worden sei, hierzu bis zum 21.08.2026 ein Konzept bereitzustellen, dies aber bis zum 15.09.2026 nicht erfolgt sei (vgl. Beschluss Ö 2.39 – alt: 38/2023).

Frau Landrätin Reinhold erklärt, dass ihr das Konzept Ende August vorgelegt worden sei.

Frau Schenke möchte wissen, ob sich die Verwaltung aktiv für den Lückenschluss des Radwegs L 142 einsetze (vgl. Beschluss Ö 2.45 – alt: 44/2023).

Herr Küpper führt aus, dass der Grundstückserwerb das Problem darstelle, da aktuell keine Bereitschaft zum Verkauf bestehe. Die Verwaltung wirke jedoch weiterhin aktiv darauf hin.

Ebenso erfragt Frau Schenke den aktuellen Stand zur Thematik der hybriden Sitzungen (vgl. Beschluss Ö 7.1.2 vom 17.03.2026).

Herr Vieten führt aus, dass dies aktuell nur im Neusser Kreishaus möglich sei. Um hybride Sitzungen auch im Kreishaus in Grevenbroich durchführen zu können, seien Investitionen notwendig, um die Vorschriften zur Aufzeichnung von Sitzungen zu erfüllen. Zusätzlich weist Herr Vieten darauf hin, dass zunächst eine Sitzung des Ausschusses in Präsenz stattfinden müsse, um zu beschließen, dass die folgende Sitzung in hybrider Form durchgeführt werden könne.

Frau Landrätin Reinhold schlägt vor, dies für eine Kreisausschusssitzung im November oder Dezember zu testen.

Frau Borggräfe fragt nach, ob die Verwaltung plane, die kommunale Wärmeplanung in die IKZ zu überführen (vgl. Beschluss Ö 4.39 – alt: 39/2025).

Frau Landrätin Reinhold führt aus, dass bald ein erstes Treffen der Vertreter der Kommunen, welche für die IKZ benannt wurden, stattfinden werde, bei dem bereits viele Themen vorgesehen seien. Auch die Wärmeplanung sei bereits angedacht.

FI/20260915/Ö4

Beschluss:

Der Finanzausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

5. Haushalt 2026

5.1. Haushalt 2026 – Genehmigung der Bezirksregierung Düsseldorf Vorlage: 20/1180/XVIII/2026

FI/20260915/Ö5.1

Beschluss:

Der Finanzausschuss nimmt die Haushaltsgenehmigung 2026 der Bezirksregierung Düsseldorf vom 21.06.2026 zur Kenntnis.

5.2. Haushaltsentwicklung 2026 Vorlage: 20/1182/XVIII/2026

Protokoll:

Herr Kreiskämmerer Djir-Sarai stellt die aktuelle haushalterische Entwicklung mithilfe einer Präsentation dar. Diese wird der Niederschrift beigelegt.

Anschließend führt Herr Thiel aus, dass er bei Verlustvorträgen die Gefahr sehe, dass das kommunale Finanzwesen in wenigen Jahren kollabieren würde, wenn alle dieses Mittel einsetzten. Vor diesem Hintergrund halte er es für unverantwortlich, dass die Landesregierung dieses Instrument eingeführt habe.

Frau Borggräfe führt aus, dass Verlustvorträge die finanziellen Probleme lediglich verschöben.

Bezüglich der Präsentation merkt sie an, dass die Darstellung der Controllingergebnisse, des globalen Minderaufwands und abschließend der durch die Verwaltung eingesparten Mittel eine „Milchmädchenrechnung“ sei.

Hinsichtlich des prognostizierten Jahresergebnisses führt sie aus, dass die allgemeine Rücklage gegebenenfalls um weniger als 5 % reduziert würde, wenn die Verwaltung den globalen Minderaufwand erwirtschaftete. Anschließend fragt Frau Borggräfe, wie sich die rund 3 Mio. € Ausgleichsrücklage erklären ließen, die in der Genehmigung des Haushalts durch die Bezirksregierung erwähnt würden, während diese Zahl in der Präsentation nicht auftauche.

Frau Ziebow führt aus, dass sich die von der Bezirksregierung genannte Ausgleichsrücklage aus der Anlage des Haushalts ergebe. In dieser seien zum damaligen Zeitpunkt lediglich die Zahlen des Entwurfs des Jahresabschlusses 2024 und der geplanten Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in 2025 berücksichtigt gewesen, während in der Präsentation die Zahlen aus dem beschlossenen Jahresabschluss 2024 und der Prognose des Jahresabschlusses 2025 dargestellt würden.

Herr Kreiskämmerer Djir-Sarai versichert, dass die Verwaltung auch weiterhin versuchen werde, die pauschale Kürzung des globalen Minderaufwands zu erwirtschaften. Ebenso führt er aus, dass in der Kämmererrunde Einigkeit darüber herrsche, dass Konsolidierungsmaßnahmen ergriffen und die interkommunale Zusammenarbeit verstärkt werden müssten. Dies werde jedoch nicht ausreichen, um aus eigener Kraft aus der schwierigen finanziellen Lage herauszukommen. Der Verlustvortrag sei seiner Meinung nach lediglich eine Möglichkeit, Zeit zu gewinnen. Grundsätzlich halte er dieses Instrument jedoch für unsinnig. Das Ziel solle weiterhin sein, dass sich das Eigenkapital in Zukunft nicht weiter verringere.

Herr Schmitz, der Vorsitzende, äußert den Gedanken, dass eine "ehrliche" Umlage möglich sein könnte, wenn kein Eigenkapital vorhanden wäre.

Frau Borggräfe erfragt, welche Ansätze von der Verwaltung gesperrt worden seien.

Anmerkung von Amt 20: Die Sperrungen addieren sich aus einer Vielzahl von Konten in den verschiedensten Produkten.

Gesperrte Posten	Betrag
Amtsbudgets versch. PRD	541.000 €
Sach- und Dienstleistungen versch. PRD	336.800 €
Amt 61 versch. Projekte	450.000 €
Schulsozialarbeit	110.000 €
IT Verwaltung und Schulen	442.885 €
Bauunterhaltung Verwaltung	100.000 €
Interimskosten BBZ Dormagen	480.000 €
Sonstige versch. kleine Posten diverser PRD	87.350 €

Zusätzlich weist Frau Borggräfe darauf hin, dass der voraussichtliche Verlust aus ihrer Sicht ohne den beschlossenen globalen Minderaufwand höher ausfallen würde.

Zunächst bedankt sich Herr Püllen bei der Verwaltung für die Einsparbemühungen. In Richtung Frau Borggräfe führt er aus, dass sie den globalen Minderaufwand als „Taschenspielertrick“ bezeichnet habe, und verweist darauf, dass dieser auf eine Initiative der SPD zurückzuführen sei.

Frau Borggräfe stellt klar, dass sie den globalen Minderaufwand nicht als Taschenspielertrick bezeichnet habe, sondern dass es ein Taschenspielertrick sei, wenn das Defizit und der globale Minderaufwand einzeln betrachtet würden.

Frau Stüsgen führt aus, dass sie nicht davon überzeugt sei, dass der globale Minderaufwand dabei geholfen habe, zu sparen. Vielmehr hätte die Verwaltung die Einsparungen auch ohne diesen erreicht.

Herr Rosellen schließt sich dieser Meinung an und betont, dass die Politik die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen gewährleisten müsse.

Herr Daniels weist darauf hin, dass sich die CDU mit der SPD auf den globalen Minderaufwand geeinigt habe.

Frau Stüsgen stellt klar, dass dies nicht bedeute, dass die Verwaltung die Einsparungen nicht auch ohne globalen Minderaufwand erwirtschaften würde.

FI/20260915/Ö5.2**Beschluss:**

Der Finanzausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

5.2.1. Tischvorlage: Haushaltsentwicklung 2026**Vorlage: 20/1466/XVIII/2026****Protokoll:**

Siehe Erläuterungen zu TOP 5.2.

6. Benehmensherstellung zur Festsetzung der Landschaftsumlage**Vorlage: 20/1396/XVIII/2026****Protokoll:**

Herr Kreiskämmerer Djir-Sarai stellt mithilfe einer Präsentation die aktuelle Entwicklung zum Haushalt des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) dar. Diese wird der Niederschrift beigelegt.

Nach dem Vortrag merkt Herr Püllen an, dass eine Erhöhung der Landschaftsumlage für den Rhein-Kreis Neuss um rund 27,5 Millionen Euro alarmierend sei. Er sei daher erfreut, dass sich Frau Landrätin Reinhold in ihrem Schreiben an den LVR klar positioniere und Konsolidierungsmaßnahmen fordere.

Frau Landrätin Reinhold ergänzt, dass gemeinsam mit den *rheinischen Landräten* ein Appell an den LVR geplant sei.

Herr Thiel sieht das Problem beim LVR darin, dass nicht sorgsam mit den finanziellen Mitteln umgegangen werde. Er stellt die Frage, ob ein Anweisungsbeschluss für die Mitglieder des Rhein-Kreises Neuss bei der Landschaftsversammlung möglich sei, um gegen den LVR-Haushalt zu stimmen, sollte sich der LVR bei der Konsolidierung nicht bewegen.

Der Vorsitzende Herr Schmitz führt hierzu aus, dass dies nicht möglich sei. Die Fraktionen könnten jedoch auf ihre Mitglieder und ggf. auf die Fraktionen der Landschaftsversammlung einwirken.

Zusätzlich weist er auf einen interfraktionellen Beschluss hin, in dem festgelegt worden sei, dass die Landschaftsumlage keine Grundlage für die Diskussion um die Kreisumlage sei.

Frau Borggräfe schlägt vor, dass der Rhein-Kreis Neuss die Klage gegen das Land NRW vor dem Landesverfassungsgericht NRW zur Konnexität unterstützen solle.

FI/20260915/Ö6**Beschluss:**

Der Finanzausschuss nimmt die Ausführungen der Kreisverwaltung zur Benehmensherstellung des Landschaftsverbandes zur Kenntnis.

7. Gemeindefinanzierungsgesetz 2027 **Vorlage: 20/1183/XVIII/2026**

FI/20260915/Ö7

Beschluss:

Der Finanzausschuss nimmt die Ausführungen zum GFG 2027 zur Kenntnis.

8. Fördermittelbericht **Vorlage: 20/1184/XVIII/2026**

Protokoll:

Frau Borggräfe begrüßt, dass der erste Fördermittelbericht vorgelegt wurde. Für künftige Berichte bittet sie, folgende Punkte mit aufzunehmen:

- Verknüpfung des Berichts mit dem Antrag der SPD-Fraktion zur Kostenwahrheit bei öffentlich geförderten Projekten (Beschluss 7.1.11 vom 17.03.2026)
- Darstellung, ob es sich um pflichtige oder freiwillige Maßnahmen handelt
- Verknüpfung zwischen Fördermittelbericht und Beschlusskontrolle

Herr Kreiskämmerer Djir-Sarai führt aus, dass weitere Aspekte im Rahmen des Arbeitskreises Finanzen erörtert werden könnten.

Herr Thiel bedankt sich dafür, dass der Antrag der Kreistagsgruppe UWG/Freie Wähler/Zentrum umgesetzt wurde.

FI/20260915/Ö8

Beschluss:

Der Finanzausschuss nimmt den vorliegenden Sachstandsbericht zum Fördermittelcontrolling zur Kenntnis.

9. Mitteilungen und Anfragen

Protokoll:

Es erfolgen keine weiteren Mitteilungen oder Anfragen.

Zum Abschluss der Sitzung des Finanzausschusses merkt Herr Vorsitzender Schmitz an, dass Frau Kunath aufgrund eines Stellenwechsels innerhalb der Kreisverwaltung zukünftig nicht mehr als Schriftführerin des Finanzausschusses tätig sein wird und bedankt sich für die Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Stefan Schmitz um 18:26 Uhr die Sitzung.



Stefan Schmitz
Vorsitz



Jens Borchers

Schriftführung



Andrea Kunath